40 Jahre Demokratische Arabische Republik Sahara: …

…. der Kolonialismus ist noch lange nicht am Ende!

Am 27. Februar vor 40 Jahren rief die *Frente POLISARIO* die *Demokratische Arabische Republik Sahara (DARS)* als sechsten Maghreb-Staat aus. Die meisten Länder des Maghrebs wurden schon lange vor der einschlägigen *Resolution 1514 vom 14. Dezember 1960* der Generalversammlung der UNO in die Unabhängigkeit entlassen, worin völkerrechtlich das Selbstbestimmungsrecht der Völker festgeschrieben wurde. Nur Algerien musste sich in einem brutalen Kolonialkrieg von 1954 bis 1962 von Frankreich frei kämpfen. Bis heute jedoch führt die UNO die Westsahara auf der Liste der fremdverwalteten Gebiete.

Bereits am 14. November 1975 hatte Spanien „seine" Überseeprovinzen an Marokko und Mauretanien verkauft. Am 26. Februar 1976 verließ der letzte spanische Soldat das Land. Mit der Staatsgründung am 27. Februar verdeutlichte die *Frente POLISARIO*, dass sie ihren Befreiungskampf keinesfalls ausschließlich militärisch zu führen gedachte, sondern vor allem auch diplomatisch. Und hier errang sie enorme Erfolge:

Bereits 1979 und 1980 erkannte die Generalversammlung der UNO die *Frente POLISARIO* explizit als legitime Vertretung des saharauischen Volkes an. Und im Februar 1982 wurde die *Saharauische Republik* in die *Organisation für Afrikanische Einheit (heute Afrikanische Union)* aufgenommen, worauf Marokko die Organisation verließ und seitdem als einziges afrikanisches Land der *Afrikanischen Union* nicht angehört.

Mauretanien hatte sich bereits 1979 aus der Westsahara zurückgezogen und pflegt seither gute nachbarschaftliche Beziehungen zur *Saharauischen Republik*. Marokko war versucht, das gesamte Gebiet unter seine Kontrolle zu bringen, was aber nicht gelang. Nur durch massive Unterstützung vor allem durch Frankreich und die USA und die Errichtung eines mittlerweile über 2.700 km langen Wallsystems konnte Marokko den größten westlichen Teil des Landes mit dem über 1.000 km langen Küstenstreifen absperren und anfangen, ungeniert die Ressourcen des Landes zu plündern. Dabei schreckt die marokkanische Kolonialmacht vor massiven Menschenrechtsverletzungen nicht zurück: Auch im aktuellen *Freedom House Report 2015* befinden sich die von Marokko besetzten Teile der Westsahara in den finstersten Kategorien.

Marokko hat mit seiner Invasion seit Herbst 1975 einen großen Teil der saharauischen Bevölkerung zu Flüchtlingen gemacht. Im Lande selber konnten sie nicht bleiben, weil die Königlich-Marokkanische Luftwaffe die improvisierten Flüchtlingslager im Osten des Landes mit Phosphor und Napalm bombardierte. Algerien, wo die Erinnerungen an die Brutalität der Kolonialmacht noch recht frisch waren, öffnete seine Grenzen und nahm tausende von Flüchtlingen auf. Noch heute – 40 Jahre nach der Staatsgründung – geht das Flüchtlingshilfswerk der UNO von 117.638 durch den marokkanischen Kolonialismus entwurzelter Menschen *(total population of concern)* aus.

Das alles spielt sich unmittelbar vor den Außengrenzen der EU ab. Gute nachbarschaftliche Beziehungen sind ein hohes Gut. „Die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) wurde 2003 unter maßgeblicher Mitwirkung Deutschlands entwickelt, um Wohlstand, Sicherheit, Stabilität sowie rechtsstaatliche und demokratische Strukturen in den Nachbarstaaten der EU zu fördern", schreibt das Auswärtige Amt. Die EU räumt dem Königreich einen *advanced status* eine Art *privilegierte Partnerschaft* ein. **Über den andauernden marokkanischen Kolonialismus in der Westsahara schaut sie jedoch geflissentlich hinweg** und fördert ihn sogar durch bilaterale Handelsverträge. Dabei nimmt sie sowohl den offenen Bruch des Völkerrechts als auch die Verletzung geltenden EU-Rechts in Kauf:

Am 10. Dezember 2015 ist der *Frente POLISARIO* erneut ein großer diplomatisch-juristischer Sieg gelungen: Der Europäische Gerichtshof EuGH hat in seiner ersten Entscheidung das Agrarabkommen mit dem Königreich für nichtig erklärt, weil es die koloniale Plünderung der Westsahara nicht ausschließt. Mit einer solchen Nachbarschaftspolitik wird allenfalls der Wohlstand sehr Weniger gefördert, jedoch weder Sicherheit noch Stabilität und schon gar keine rechtsstaatlichen und demokratischen Strukturen.

Axel Goldau ist redaktioneller Hrg. der Kritischen Ökologie und Vorstandsmitglied von Western Sahara Ressource Watch (WSRW)